

Name:

Adresse:

Datum:

Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Inhaftierung von sechs Vertretern der nigrischen Zivilgesellschaft

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,

über die Menschenrechtsorganisation Afrique-Europe-Interact habe ich erfahren, dass zwischen dem 15. und 17. März 2020 mindestens 15 Vertreter der nigrischen Zivilgesellschaft festgenommen wurden und dass derzeit noch 6 von ihnen in Untersuchungshaft sitzen.

Die Angaben von Afrique-Europe-Interact stützen sich auf drei Quellen: Erstens auf eine Deklaration, die von mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen am 24.03.2020 veröffentlicht wurde, unter anderem von Amnesty International (1), zweitens auf eine Stellungnahme der Organisation „Turnons la Page“ vom 24.03.2020 (2) und drittens auf einen Zeitungsartikel, der am 17.03.2020 in der deutschen Tageszeitung „taz“ erschienen ist (3). Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass Afrique-Europe-Interact bereits mit Moussa Tchangari zusammengearbeitet hat – einem der Inhaftierten. Moussa Tchangari ist Generalsekretär der zivilgesellschaftlichen Organisation „Alternative Espaces Citoyens“ (AEC), im März 2019 hat er in Frankfurt an einer unter anderem von Afrique-Europe-Interact mitorganisierten Konferenz als Referent teilgenommen (4).

Die Festnahmen stehen im Zusammenhang mit einer Kundgebung, die am 15.03.2020 in Niamey stattfinden sollte. Inhaltlich wollten die Organisator*innen die Übergabe eines von Verteidigungsminister Issoufou Katambé in Auftrag gegebenen Untersuchungsberichts an die nigrische Justiz fordern. Denn laut dieses Berichtes sollen Angehörige des Verteidigungsministeriums seit 2015 enorme Summen aus dem Rüstungshaushalt veruntreut haben. Zu dieser Kundgebung ist es jedoch nicht gekommen. Denn bereits am 13.03.2020 wurde die Kundgebung mit Blick auf die drohende Ausbreitung des Corona-Virus verboten, ohne dass dieses Verbot den Organisator*innen offiziell mitgeteilt worden wäre. Stattdessen wurde die Kundgebung in Niamey am 15.03.2020 von nigrischen Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst. Dabei ist auch ein Markt in Brand geraten, wodurch drei Menschen tragischerweise ums Leben gekommen sind. Bislang ist unklar, wie es zu dem Brand gekommen ist, aber Augenzeugen sprechen davon, dass Tränengasgranaten der Polizei auf das Dach des Marktes gefallen seien.

Umso unverständlicher ist, dass wegen dieser Ereignisse mittlerweile Untersuchungshaft gegen die inhaftierten Vertreter der Zivilgesellschaft angeordnet wurde. Denn die Betroffenen haben lediglich ihr von der nigrischen Verfassung verbrieftes Recht wahrgenommen und zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen. Zudem gibt es nicht den geringsten Hinweis, dass die Inhaftierten in irgendeiner Form für den Brand oder andere Sachschäden verantwortlich wären.

Das Verbot der Demonstration am 15.03.2020 war keine Ausnahme. Vielmehr hat Turnons la Page in einem am 24.03.2020 veröffentlichten Bericht darauf hingewiesen, dass überall in Niger bereits seit Anfang 2018 systematisch Kundgebungen der Opposition oder der Zivilgesellschaft verboten

werden, in aller Regel unter Verweis auf die angespannte Sicherheitslage (5). In diesem Sinne stelle sich auch die Frage, ob es wirklich die Corona-Krise gewesen ist, die zum Verbot der Kundgebung geführt hat.

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, ich möchte Sie angesichts dieser Situation dringend darum bitten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun und sich für eine sofortige Freilassung der sechs inhaftierten Personen einzusetzen – namentlich:

- Mounkaila Halidou
- Sani Chekaraou
- Moudy Moussa
- Habibou Soumaila
- Moussa Tchangari
- Maikoul Zodi

Darüber hinaus möchte ich Sie bitten, sich für die Einstellung der Verfahren stark zu machen. Diese beiden Bitten gelten umso mehr, als ja die nigrische Regierung derzeit erhebliche Geldsummen seitens der Europäischen Union erhält – unter anderem, um die Zahl durchreisender Migrant*innen und Geflüchteter zu reduzieren. Denn wie immer diese Zahlungen bewertet werden (und ich bewerte sie kritisch), fest steht auch, dass die nigrische Regierung ihr gewachsenes Gewicht im Verhältnis zur EU dafür nutzt, innenpolitisch äußerst strikt gegen unliebsame Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Opposition vorzugehen. Gerade deshalb ist es unerlässlich, dass sie als Bundesaußenminister der nigrischen Regierung klar signalisieren, dass eine solche Entwicklung nicht hinnehmbar ist.

Gestatten Sie mir schließlich auch den Hinweis, dass in mich in gleicher Angelegenheit mit einem Brief an den nigrischen Botschafter in Berlin gewandt habe.

Mit freundlichen Grüßen,

(Unterschrift)

Fußnoten:

(1) <https://www.lacimade.org/niger-des-organisations-de-la-societe-civile-demandent-aux-autorites-de-mettre-un-terme-au-harcelement-des-defenseurs-des-droits-humains/>).

(2) <http://tournonslapage.com/fr/content/rapport-niger-quand-lantiterrorisme-justifie-la-restriction-de-lespace-civique>

(3) <https://taz.de/Tote-bei-Protest-in-Niger!/5671864/>

(4) <https://afrique-europe-interact.net/1834-0-Broschre-deutsch.html>

(5) <http://tournonslapage.com/fr/content/rapport-niger-quand-lantiterrorisme-justifie-la-restriction-de-lespace-civique>